



Südd. Zeitung v. 6. 7. 26. Nr. 307.
/ 22

Die Schützer der Republik

Reichsbanner, Hochwassergefahr und Volksentscheid

Eine etwas merkwürdige Zusammenstellung, aber dem Magdeburger Reichsbanner ist die Verköpplung glänzend gelungen. Wir lesen darüber in der „Deutschen Ztg.“:

Infolge des unerhörten Verhaltens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurden über 700 Morgen fruchtbarer Ackerfläche mit bestem Saatensand vollkommen vernichtet. In der vorigen Woche meldeten die Einwohner des Ortes Niegripp dem sozialdemokratischen Landrat Gehardt, daß der Wasserpiegel der Elbe nur noch zwei Zentimeter zu steigen brauche, um den Damm zu überfluten. Sofort die Technische Nothilfe zu alarmieren. Jedoch auch hier erwies sich, daß sozialistische Beamte in erster Linie Parteimänner sind. Er ahnte Vorboeren für seine Parteigesellschaft und alarmierte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das auch in einer Stärke von 150 Mann erschien. Man verhandelte erst einmal, ob die Gemeinde Niegripp bereit sei, den „Selbstern“ 1 Mark Stundenlohn zu zahlen und „ausreichende“ Verpflegung bereitzustellen. Die Einwohner lehnten es ab, sich von vornherein festzulassen. Darauf packten die „mackeren“ Reichsbannerleute ihr Bündel und zogen wieder los. Der Führer hielt noch eine Ansprache, in der er erklärte, daß man gar keine Veranlassung hätte, den Landwirten zu helfen, da sie beim Volksentscheid gegen den Reichsbanner gestimmt hätten. Daraufhin, nachdem kostbare Zeit verstrichen war, rückte, ohne Genehmigung des Landrats, am nächsten Tage die Technische Nothilfe aus Magdeburg an. Doch inzwischen war zuviel Zeit verloren gegangen. Das Wasser sprudelte durch ein breites Loch hindurch und heute sind über 700 Morgen besten Landes überflutet und damit Millionen Werte dem deutschen Volksvermögen verloren gegangen.

Verdient das Verhalten des Landrats schon die schärfste Mißbilligung — der Mann scheint ja zu seinem Posten ganz hervorragend befähigt zu sein, amte allerdings unter den Augen Herrn Hörsing — so könnte man den Erpressungsversuch der Reichsbannergenossen an den Bauern grotesk finden, wenn der ganze Vorgang nicht so unendlich kraurig wäre. 700 Morgen Land sind in Gefahr, überflutet zu werden, der Ernte, die ein Gemeingut des Volkes ist und deren Verlust den Verbraucher ebenso schädigt wie den Besitzer des vom Unglück betroffenen Landes, droht die Vernichtung, da feilschen diese Genossen um Stundenlohn und lassen Bauer, Land und Ernte lieber verkaufen, als daß sie einen Finger zur Rettung rühren.

Das Reichsbannerfiasko in Ulm

Ulm Ulm wird uns geschröben:

Seit Monaten war von der „Donauwacht“ und dem „Süddeutschen Anzeiger“ die Reklametrommel für den großen Reichsbannertag in Ulm gerührt worden. Oberbürgermeister Schwammberger hatte sogar dem großen deutschen Sporttag das Stadion wieder wegnemen wollen, da „zu dem Sporttag nur eine geringe Anzahl von Menschen, zu dem Reichsbannertag aber Zehntausende kommen würden.“ Der Reichspräsident Löss, der Reichskanzler a. D. Wirth waren als Redner angekündigt. Sie kamen nicht. An ihrer Stelle sprach der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ruggaber und der große Polizeichef Schühlinger, der in Mainz unter den Augen der Franzosen die völkische Jugend „als den Feind“ bezeichnet hatte.

Während beim Kriegerversammling die Stadt reichsten Fraggenschmaus trug — manche schwarz-weiß-rote Fahnen waren ganz neu

— war diesmal kaum eine Fahne, außer an den städtischen Gebäuden zu sehen. In der ganzen Hirschstraße war am Sonntag vormittag eine einzige schwarz-rot-goldene Fahne am Hause eines früheren Hofjägers zu sehen, am Münsterplatz keine Fahne. In der Digastraße war das Gymnasium besetzt, sonst keine Fahne usw. Die „Donauwacht“ war reich geschmückt. Die demokratischen Größen hatten keine Fahne an ihren Häusern.

Am Festzug beteiligten sich etwa 1000 Mann. Die Pazifisten-truppe wurde stramm militärisch geführt mit stramm militärischen Kommandos. Man scheint Wert auf strammen militärischen Drill zu legen. Es ist zu begrüßen, daß der junge ungediente Nachwuchs wenigstens auf diese Weise etwas militärischen Drill bekommt. Die Bevölkerung verhielt sich passiv. Von den gewaltigen Zuschauermengen wie beim Kriegertag war nichts zu sehen. Auch im Stadion war die Beteiligung nur bescheiden. Oberbürgermeister Schwammberger war leider nicht da, um die Zahl der Erschienenen festzustellen.

Die Reden waren alle eingestellt auf die Weise, daß die Republik und die Weimarer Verfassung der Herr Preuß, Rathenau, Wolf und Wittomsky bedroht sei und durch das Reichsbanner geschützt werden solle. Herr Schühlinger schimpfte mächtig auf die Reichsbanner-Schützenvereine. Der Eindruck, den die Reden gemacht haben, war mäßig. Nachher konnte man in der Stadt hören, daß man für solche abgedroschene Phrasen kein Interesse habe. Alles in allem: „Die Berge kreuzten und geboren ward ein lächerlich Mäuslein.“ Die Bevölkerung Ulms hat in ihrer großen überwältigenden Mehrheit den Reichsbannertag abgelehnt. Der gleichzeitig stattfindende Reggertag schien mehr Interesse zu erwecken.

Die Krise im Pforzheimer Reichsbanner

Pforzheim, 5. Juli. Im Pforzheimer Reichsbanner ist, wie wir schon kurz meldeten, dadurch eine Krise entstanden, daß in der sozialdemokratischen „Freien Presse“ die Partei für Freitag, 18. Juni zu einem Demonstrationzug für den Volksentscheid einlud und dabei das Reichsbanner mitnahmte. Die demokratischen Vorstandsmitglieder, die hierin nicht mit Unrecht eine einseitige parteipolitische Stellung des Reichsbanners erblickten, stellten an dessen Leitung die Forderung, das Reichsbanner von der Beteiligung zurückzurufen. Als dies im Freitagblatte nicht geschah, legten sie ihre Vorstandsposten nieder und gaben dies öffentlich bekannt, allerdings ohne ihren Austritt zu erklären.

Um nun die Sache beizulegen, fand am Freitag abends im Bernhardschhof eine von drei republikanischen Parteien stark besuchte Versammlung der Reichsbannerortsgruppe statt, die jedoch zu einer Einigung nicht führte, obwohl sich der bisherige Führer, Hauptlehrer Rimmelman, der es bisher recht gut verstanden hat, die unausweichlichen Gegenjäre auszugleichen, alle Mühe gab. Der demokratische Vertreter Werner betonte ganz besonders, daß das Reichsbanner nicht nur dazu da sei, die Republik nach rechts, sondern auch nach links zu schützen und kritisierte besonders die Beteiligung der Kommunisten und des Roten Frontkämpferbundes. Die ursprüngliche Zusage der Reichsbannerleitung, den Zug der Mitglieder bei Beteiligung der Kommunisten sofort aufzulösen, sei nicht gehalten worden. Bemerkenswert muß werden, daß sich übrigens eine kleinere Anzahl Mitglieder der demokratischen Partei trotzdem am Zuge beteiligten. In der Versammlung ging es recht lebhaft zu, so daß sogar ein bürgerlicher Redner auf das Wort verzichteten mußte. Ein demokratischer Vermittlungsantrag fand keinen Anklang, dagegen ein sozialdemokratischer, der das Verhalten der Reichsbannerleitung für richtig erklärt und die endgültige Regelung der Sache der Entscheidung der Parteileitung überläßt. Da weder von seiten der demokratischen als auch der Zentrumvertreter hierzu eine Erklärung erfolgte, so muß die Einigungsverhandlung als gescheitert betrachtet werden. Ein Austritt der bürgerlichen Reichsbannerleute, wie er schon andermärs gemeldet wurde, ist noch nicht erfolgt. Mit dem allen republikanischen Parteien zugesicherten Saal- und Versammlungsschutz hat am Umzug mit den Kommunisten gemeinsam jedenfalls nichts zu tun.

Bericht aus der Süddeutschen Zeitung (Organ der Deutschnationalen in Württemberg) vom 6.7.1926 über den Reichsbannertag in Ulm (StA Ulm, B 123/133 Nr. 10).

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde als Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer am 22. Februar 1924 von SPD zusammen mit Zentrum, DDP und Gewerkschaften zum Schutz der Republik gegründet. Von den etwa 3 Mio Mitgliedern des „Reichsbanners“ im Jahre 1932 waren etwa 90 % Sozialdemokraten. Mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund schloss sich das „Reichsbanner“ Ende 1931 gegen die Gewalttaten der SA auf der einen und des kommunistischen „Roten Frontkämpferbundes“ auf der anderen Seite zur „Eisernen Front“ zusammen .

Vorsitzender der im September 1924 gegründeten Ulmer Ortsgruppe war der Liberale W. Wirthle, der Herausgeber der Ulmer „Abendpost“. Weitere Mitglieder des Vorstands waren der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Karl Ruggaber, der Gewerkschafter Sellmer und von der DDP der jüdische Rechtsanwalt Moos und der Landtagsabgeordnete Fritz Varnholt.

Im Jahre 1930 vereinigten sich die Ulmer und Neu-Ulmer Ortsgruppen und zählten zusammen 1200 Mitglieder. Von ihnen waren 700 in sieben „Kameradschaften“ unterteilt, die in der waffenlosen Selbstverteidigung und im Schusswaffengebrauch (an Pistolen und wohl auch Karabinern) ausgebildet wurden. Eine Kameradschaft wurde speziell für den Schutz von Versammlungen und Demonstrationen geschult.

Anlass für den Reichsbannertag in Ulm/Neu-Ulm war die Weihe der neuen Fahne der Ulmer Ortsgruppe. Die Veranstaltung sollte ursprünglich am 12./13. Juni 1926 stattfinden, musste aber kurzfristig verschoben werden, weil an diesem Tag im Deutschen Reich die Volksabstimmung über die Enteignung der Fürstenvermögen stattfand. Zum neu festgesetzten Zeitpunkt der Veranstaltung befand sich der Ulmer Oberbürgermeister auf Urlaub in Bad Godesberg.